

**Rede von Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker anlässlich des  
12. Kölner Arbeitgebertag am 16. November 2016, 14:30 Uhr, Hotel  
Pullman Cologne, Helenenstraße 14**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

Sehr geehrter Herr Jäger,  
sehr geehrter Herr Lindner,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich, heute bei Ihnen zu sein. Herzlichen Dank für die Einladung!

Meine Damen und Herren,  
es ist sehr zu begrüßen, dass die Kölner Wirtschaft die 2005 aus der Taufe  
gehobene Veranstaltung des „Kölner Arbeitgebertages“ fortführt, die zum  
notwendigen Dialog zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung auf regionaler und  
lokaler Ebene beiträgt.

Die Arbeitgeber Köln vertreten insgesamt elf Arbeitgeber- und  
Unternehmensverbände des Großraums Köln, die zusammen rund 20.000 Betriebe  
mit etwa 350.000 Beschäftigten repräsentieren.

Diese Zahlen stehen nicht nur für die Bedeutung dieser regionalen  
Wirtschaftsverbände, sondern verdeutlichen auch das ökonomische Potenzial des  
Kölner Wirtschaftsraumes.

Dieses Potenzial wird durch die wirtschaftlichen Eckdaten, die wir zu bieten haben,  
unterlegt. Der Standort Köln hat sich in den letzten Jahren gut weiterentwickelt.

Wie Sie sicherlich gestern gelesen haben, haben sich unsere  
Gewerbesteuereinnahmen sehr positiv entwickelt. Wir haben hier ein Rekordhoch  
erreicht! Bis Ende Oktober wurden von den Kölner Unternehmen 1,28 Milliarden Euro  
gezahlt – das sind rund 300 Millionen mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahrs.

Trotzdem sind die Kommunen chronisch unterfinanziert.

Betrachten wir die Entwicklung unseres Wirtschaftsstandortes, so zeigt sich insbesondere der **Arbeitsmarkt** äußerst robust. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze in den Kölner Unternehmen ist seit 2010 kontinuierlich gestiegen. In den letzten sechs Jahren konnten am Arbeitsort Köln fast 75.000 neue Jobs geschaffen werden.

Die Zunahme der Beschäftigung ist breit gestreut und betrifft eine Vielzahl sehr unterschiedlicher Branchen. Auch in der Kölner Industrie, in der die Beschäftigung längere Zeit stagnierte, werden neue Arbeitsplätze geschaffen. 2015 gab es bei den Kölner Industrieunternehmen einen weiteren Beschäftigungszuwachs auf 51.600. Und viele der Unternehmen des produzierenden Gewerbes, in denen in den letzten Jahren neue Stellen geschaffen wurden, sind Mitglied des Arbeitgeber Köln e. V.

In engem Zusammenhang mit dem genannten Beschäftigungszuwachs ist die hohe Investitionstätigkeit der Kölner Wirtschaft zu sehen.

Einige Beispiele:

- Der Kölner Spezialchemie-Konzern **Lanxess** erweitert seine Kapazitäten in der Agrochemie. Bis 2020 will das Unternehmen rund 400 Millionen Euro in Wachstumsprojekte investieren.
- Für 26 Millionen Euro hat der Motorenhersteller **Deutz AG** am Standort Porz-Eil ein neues „Wellenzentrum“ errichtet und dort in diesem Frühjahr die Nocken- und Kurbelwellenfertigung aufgenommen.
- 750 Millionen Euro investiert die Bundeswehr in den nächsten 10 Jahren in den Luftwaffenstandort Wahn. Das Geld fließt vor allem in die Infrastruktur und Gebäude.
- Für die Modernisierung der Kölner **Universität** stehen im Rahmen des Masterplankonzepts bis zum Jahr 2025 rund 1,3 Milliarden Euro für Sanierung

sowie zahlreiche Neubauten zur Verfügung. Bereits jetzt sind zahlreiche Projekte abgeschlossen.

- Der Startschuss für Messe-City in Köln-Deutz ist erfolgt. Die Neubebauung an der Barmer Straße gehört zu den wichtigsten städtebaulichen Projekten der Stadt. Die Projektentwickler Strabag Real Estate und ECE Projektmanagement planen die Bebauung des 5,4 Hektar großen Areals. Knapp die Hälfte davon wird die Zurich-Versicherung nutzen. Die 2.700 Mitarbeiter, die derzeit in Köln und Bonn tätig sind, sollen ab 2019 in Deutz an einem Standort arbeiten. Der erste Spatenstich erfolgte Ende September.

Meine Damen und Herren,

ich danke auch Ihnen sehr herzlich, dass sich der Standort trotz nicht immer einfacher Rahmenbedingungen so hervorragend entwickelt hat (Beispiel Leverkusener Brücke).

Die Industrie als Standortfaktor ist ein wichtiger Baustein unseres Wohlstandes und des sozialen Friedens! Ich nehme die Aufgabe, dass das so bleiben und sich noch weiterentwickeln kann, sehr ernst.

Der Raum Köln ist gemessen am Umsatz die drittgrößte Industrieregion in Deutschland. In und um Köln arbeiten rund zehn Prozent der 1,4 Millionen Industriebeschäftigten in Nordrhein-Westfalen.

Meine Damen und Herren,

im September hat die Rheinenergie AG ihr neues Gas- und Dampfturbinen-Heizkraftwerk Niehl 3 offiziell eingeweiht. Das Kraftwerk kann in weniger als 15 Minuten vom Stand-by-Betrieb auf Volllast hochgefahren werden. Damit ist es eines der weltweit flexibelsten Kraftwerke.

Das Kraftwerk erzeugt vor allem Fernwärme, wo noch viel Potenzial zur Kohlendioxid-Reduzierung besteht. Es sollen mindestens 500.000 Tonnen Kohlendioxid pro Jahr eingespart werden.

Das Kraftwerk Niehl 3 schafft somit nicht nur Versorgungssicherheit, sondern ist auch ein Schritt zum Klimaschutz in Köln.

Und dem Klimaschutz dienen auch die aktuellen Planungen zur Luftreinhaltung.

Die Stadt Köln ist wie alle Kommunen zur Einhaltung bestimmter Grenzwerte verpflichtet.

Wie in den anderen Großstädten ist auch auf dem Kölner Stadtgebiet die Belastung mit dem Luftschadstoff Stickstoffdioxid anhaltend hoch.

Für das Jahr 2015 zeigt die Entwicklung der NO<sub>2</sub>-Belastung laut Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV) zwar grundsätzlich eine leicht abnehmende Tendenz. Am Clevischen Ring in Köln-Mülheim wird jedoch die landesweit höchste Belastung gemessen.

Vor dem Hintergrund unserer wachsenden Stadt, der Brückenproblematik in Köln und der nach wie vor hohen Abgaswerte ist nicht davon auszugehen, dass sich das Problem in den nächsten Jahren von alleine lösen wird.

Im Jahr 2008 ist eine Umweltzone eingerichtet worden. Diese wurde in den darauffolgenden Jahren erweitert, und die Einfahrverbote wurden verschärft. In Köln besteht die Umweltzone mit grüner Plakette seit Mitte 2014. Mit weiteren Maßnahmen steuert die Stadtverwaltung gegen die zunehmende Belastung an. Hierzu gehören beispielsweise eine umweltsensitive Verkehrssteuerung, ein Lkw-Führungskonzept, die Förderung von Car-Sharing sowie der Ausbau des Radverkehrs.

Die Deutsche Umwelthilfe hat wegen Überschreitung der NO<sub>2</sub>-Grenzwerte Klage gegen das Land Nordrhein-Westfalen erhoben. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass das Land diese Klage verlieren wird.

Ein Urteil des Verwaltungsgerichts Düsseldorf zu der Klage der Deutschen Umwelthilfe gegen den Luftreinhalteplan Düsseldorf vom 13. September 2016 liegt

bereits vor. Ein ähnlich lautendes Urteil mit der Androhung von Strafzahlungen ist für Köln zu erwarten.

Des Weiteren hat die EU-Kommission im Juni 2015 ein formelles EU-Vertragsverletzungsverfahren zur Umsetzung der EU-Luftqualitätsrichtlinie in Bezug auf Stickstoffdioxid gegen Deutschland eingeleitet.

Der schadstoffreduzierende Effekt vieler Maßnahmen wird die Luftschadstoffbelastung kurzfristig nicht nennenswert senken, so dass die Grenzwerte für Stickstoffdioxid voraussichtlich weiterhin überschritten werden. Trotzdem und gerade deswegen müssen alle sich bereits in Planung und Durchführung befindlichen Maßnahmen, die Auswirkungen auf eine Reduzierung der Luftschadstoffbelastung haben, weiter verfolgt werden.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Fahrzeugtechnik und der legalisierten erhöhten Abgaswerte auf europäischer Ebene werden die Kommunen gezwungen sein, alle weiteren Möglichkeiten zur Einhaltung der Grenzwerte ernsthaft zu erwägen.

So hat das Verwaltungsgericht Düsseldorf der Bezirksregierung und der Stadt Düsseldorf explizit aufgetragen, Diesel-Fahrverbote zu prüfen. Sollte es zu einer Konkretisierung von Fahrverboten kommen, wird sich die Verwaltung bemühen, diese mit entsprechenden Übergangsfristen und Ausnahmekatalogen weitgehend verträglich für die Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft zu gestalten.

Meine Damen und Herren,  
ich kann nachvollziehen, dass die genannten Auswirkungen des Luftreinhalteplans, in Teilen der Wirtschaft mit Besorgnis aufgenommen werden. Ich kann Ihnen aber versichern, dass wir bei dieser Thematik die berechtigten Interessen der Wirtschaft nicht aus dem Auge verlieren werden. Und ich versichere Ihnen, dass die Stadt sich bemühen wird, Härtefälle über die Ausgestaltung der bereits genannten Übergangsfristen weitgehend zu vermeiden.

Herr Dr. Rau als Umweltdezernent der Stadt hat gemeinsam mit der Bezirksregierung Köln bereits zu einem ersten Runden Tisch eingeladen – auch

Vertreterinnen und Vertreter der IHK und der Handwerkskammer. Ziel war es, alle Informationen und Vorschläge in einem offenen Dialog auszutauschen und gemeinsam an einer Problemlösung zu arbeiten. Hierzu werden in Kürze thematische Arbeitsgruppen gebildet.

Alle Akteure, also auch die Wirtschaft, sind jedoch dazu angehalten, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um zur Verbesserung der Umweltsituation beizutragen. Es gibt bereits zahlreiche Aktivitäten. Einige habe ich bereits genannt.

Der Branche der Paketzulieferer kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu. Im September konnte ich mit Deutsche Post/DHL die ersten 30 Elektrofahrzeuge für die emissionsfreie innerstädtische Auslieferung auf die Reise schicken. Im Dezember gibt es einen Meinungsaustausch städtischer Verkehrsakteure mit dem Projektleiter City-Logistik bei UPS Deutschland über das Thema emissionsfreie Innenstadtbelieferung. So müssen wir versuchen, mit vielen kleinteiligen Maßnahmen für eine Entspannung der Situation zu sorgen.

Wir müssen alles dafür tun, dass wir das Thema Verkehr in den Griff bekommen.

Die allgemeine Verkehrssituation hat sich in der letzten Zeit, zum Teil dramatisch, zugespitzt. Der Zustand unserer Brücken erfüllt auch mich mit großer Sorge. Viele Brücken wurden für die Belastungen, die sich jetzt aushalten müssen, nicht geplant.

In den kommenden Jahren sind umfangreiche Sanierungen unserer kommunalen Brücken bis hin zum Neubau der Leverkusener Rheinbrücke und vieler weiterer Brücken in unserem Land zwingend erforderlich.

Wir alle kennen die Auswirkungen von Stausituationen auf dem Kölner Autobahnring: Der Verkehr drückt sich in die Stadt hinein und überschreitet auch dort die Kapazitätsgrenzen.

Die Stadt Köln hat hierauf reagiert. Zum Beispiel haben wir in den vergangenen Jahren unser Baustellenmanagement erheblich verbessert. Zudem haben wir die

Abstimmung in der Region sowie die Information über verkehrseinschränkende Bauarbeiten systematisiert und ausgebaut.

Ab dem 1. Januar 2017 wird es darüber hinaus ein eigenständiges Dezernat für Mobilität und Verkehrsinfrastruktur geben, in dem mit Hochdruck an einer Verbesserung der Verkehrsverhältnisse gearbeitet werden wird. Der Rat der Stadt Köln hat im September Andrea Blome zur neuen Verkehrsdezernentin gewählt. Sie wird sich sowohl den aktuellen Problemen als auch der strategischen Mobilitätsentwicklung intensiv widmen.

Meine Damen und Herren,  
es ist für mich von größter Wichtigkeit und ganz entscheidend, die Dynamik des Wirtschaftsstandorts Köln zu erhalten. Sie alle möchte ich dazu auffordern, sich konstruktiv an den Prozessen – für unsere Stadt, ihre Menschen und den Wirtschaftsstandort Köln.